

Mehr Arbeitsplätze trotz sinkender Beschäftigung?

Die niedrigen Arbeitslosenquoten verstecken die langfristigen Probleme

Gliederung

1. Vorbemerkung: Die Gegenwart erklärt sich aus der Vergangenheit
2. Überblick zum langfristigen Trend der Beschäftigung – Die „registrierte Arbeitslosigkeit“ informiert nicht über den tatsächlichen Beschäftigungsrückgang
3. Ein Blick auf den aktuellen Konjunkturverlauf seit 2008, um den Zusammenhang mit der Vergangenheit zu verdeutlichen und eine Einschätzung, wie es weiter gehen könnte
4. Schlussfolgerungen zur künftigen mittel- bis langfristigen Entwicklung, wie sie sich aus der den längerfristigen Trends herleiten lässt
5. Ansatzpunkte zur theoretischen Erklärung der skizzierten Entwicklungen

1. Vorbemerkung: Die Gegenwart erklärt sich aus der Vergangenheit

Das Schwergewicht der folgenden Überlegungen liegt nicht auf der brandaktuellen Situation, sondern es geht um eine längerfristige Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung. Der Versuch einer Vorausschau kann selbstverständlich nicht ohne Rückblick in der Vergangenheit gelingen. Mit Vergangenheit meine ich die vier Jahrzehnte seit dem weltwirtschaftlichen Wachstumseinbruch der 1970er Jahre. Denn die damalige Krise brachte das Ende der hohen Wachstumsraten der Nachkriegszeit. Die bis dahin leidlich zutreffende Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ war obsolet geworden. Seitdem blieben die Wachstumsraten in den allermeisten Industrieländern im Mehrjahresdurchschnitt viel zu niedrig, um auch nur das inzwischen gesunkene Beschäftigungsniveau zu stabilisieren. Nach 1980 kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu tendenziell steigender Massenarbeitslosigkeit. Sie währt inzwischen über dreißig Jahre, und anscheinend hat sich die Bevölkerung irgendwie daran gewöhnt, Massenarbeitslosigkeit als „normal“ zu empfinden. Seit Beginn der amtlichen Arbeitslosenstatistik zu Ende des 19. Jahrhunderts hatte es in Deutschland keine so lange Zeit der Massenarbeitslosigkeit wie nach 1980 gegeben.

Die Langfristperspektive bedeutet jedoch nicht, dass die gegenwärtige Situation ausgeblendet würde. Im Gegenteil ist sie als Resultat der langfristigen Fehlent-

wicklung zu verstehen, und gerade deshalb sind die zweckoptimistischen Beschönigungen der augenblicklichen Lage eine Irreführung der Öffentlichkeit mittels einer zur Euphorie gesteigerten Illusionsmache. Am vergangenen Dienstag hat Heiner Flassbeck in einem Kommentar in der Frankfurter Rundschau genau diese Einschätzung noch einmal begründet: Der Aufschwung wird völlig übertrieben dargestellt, und die Gefahr einer erneuten Abwärtsbewegung bleibt akut.¹

Inzwischen finden sich gewisse Zweifel an den – mit ca. 2 % ohnehin relativ bescheidenen - Wachstumsvorhersagen für 2011 hier und da auch in der Wirtschaftspresse. So titelte das Handelsblatt vor einigen Tagen „Warum ein starker Ifo-Index ein Warnsignal für die Märkte ist“². Der Blick auf die globalisierte Wirtschaft zeigt zudem, dass der als wirtschaftlicher Frühindikator geschätzte Baltic-Dry-Index, ein Preisindex der Frachtraten am internationalen Markt, abgestürzt ist, und zwar in vergleichbarer Stärke zum Einbruch im Herbst 2008.³ Es wird zwar mit der altbekannten Formel „dieses Mal ist alles anders“ Entwarnung zu geben versucht – mit Hinweis auf die Transportausfälle wegen der australischen Überschwemmung und wegen einer gestiegenen Transportkapazität der Hochseeschifffahrt infolge zusätzlicher Frachtschiffe, aber wieso sollte ein bewährter Frühindikator ausgerechnet in der globalen Krise Fehllarm geben? Vielmehr passt die Gefahrenmeldung doch in die insgesamt nach wie vor sehr unsichere Gesamtsituation der Weltwirtschaft. Die Internationale Währungsfonds hat erst vor wenigen Tagen die Industrieländer wegen ihrer völlig unzureichenden Maßnahmen zur Bankenkrise gerügt. Die Gefahr von Staatspleiten der verschuldeten EU-Länder ist keineswegs gebannt. Es ist doch kein Zufall, dass die Risikoauflage bei den Anleihen der hoch verschuldeten Euro-Länder bei der sogenannten Irland-Krise vor wenigen Wochen noch höher ausfielen als im Frühjahr 2010 anlässlich der Griechenland-Krise. In den USA droht der Markt für Kommunalanleihen zusammen zu brechen. In der VR China könnte im Laufe des Jahres die Immobilienblase platzen. Die internationale Liquiditätsschwemme bringt die Schwellenländer in Schwierigkeiten: Ihre Währung wird ungesund aufgewertet und der Geldimport begünstigt Vermögensblasen und die Inflation. Das internationale Finanzkapital entzieht sich erneut den staatlichen Aufsichtsbehörden, und

¹ Heiner Flassbeck: Unehrlische Prognosen, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 67, Nr. 20. 25. Januar 2011, S. 10.

² Ulf Sommer, Warum ein starker Ifo-Index ein Warnsignal für die Märkte ist. In der Vergangenheit leiteten Umfragehochs des wichtigen Konjunkturindex stets markante Börsenwenden nach unten ein, in: Handelsblatt, Nr. 16, 24. Januar 2011, S. 39.

³ „Wie dramatisch die jüngste Entwicklung ist, lässt sich daran ermessen, dass der Index (Baltic-Dry-Index; KGZ) seit dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise im Herbst 2008 nicht mehr so stark eingebrochen ist. Damals war der BDI von 11800 Punkten auf 660 Zähler abgestürzt. Anschließend erholte er sich bis Mitte vergangenen Jahres auf über 4000 Punkte.“ Siehe Georgios Kokologiannis, Bulle & Bär. Die Frachtkosten fallen und fallen. In der Regel ist das ein Alarmsignal für Anleger. Diesmal besteht kein Grund zur Sorge, in: Handelsblatt, Nr. 15, 21./22. Januar 2011, S. 41. - Der BDI sank seit Herbst 2010 und lag am 11. Januar 2011 bei 1439 Punkten.

der sogenannte Schattenbanksektor expandiert; hier wird die nächste Finanzkrise vorbereitet. Alle diese Fakten sind zwar aufmerksamen Zeitungslesern bekannt, aber sie spielen weder bei der Wahrnehmung der Krisenlage durch die große Mehrheit eine Rolle, noch ist sich die politische Klasse bewusst, dass ihr Versuch, die Problem einfach noch vor sich her zu schieben, das Gegenteil einer Problemlösung bedeutet, nämlich die nächste Krise zu programmieren.

2. Überblick zum langfristigen Trend der Beschäftigung – Die „registrierte Arbeitslosigkeit“ informiert nicht über den tatsächlichen Beschäftigungsrückgang

Zu Beginn dieses Jahres wurde in der ersten Ausgabe des IWD-Dienstes, dem Informationsbrief des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, einer Einrichtung der deutschen Unternehmer, verkündet: „Das Konjunkturfeuerwerk geht weiter“. Die Formulierung ist nicht ohne unbeabsichtigte Komik. Bekanntlich folgen der ersten und der zweiten Feuerwerksrakete zwar noch etliche weitere, aber insgesamt ist ein Feuerwerk doch recht schnell abgebrannt. Weniger doppeldeutig ist da schon die empirisch einwandfrei belegte Meldung, dass die Zahl der Erwerbstätigen mit über 40 Mio. ein bisheriges Höchstniveau erreicht hat. Das sieht doch nach unbezweifelbarem beschäftigungspolitischen Erfolg aus. Doch leider ist dieser Anstieg der Erwerbstätigenzahl das Resultat der fortlaufenden Umwandlung von Voll- in Teilzeitbeschäftigung und der Zunahme von Minijobs sowie anderer Formen sogenannter „atypischer Beschäftigung“. Die einzig einigermaßen zutreffende Auskunft zur Beschäftigungsentwicklung bietet das sogenannte Arbeitsvolumen, also die Gesamtzahl der jährlich in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden. Das deutsche Arbeitsvolumen ist im langfristigen Trend ständig zurück gegangen. Allein zwischen 1991 und 2004, also dem Jahr zu Beginn des leichten Konjunkturaufschwungs zwischen 2004 und 2007 sank das Arbeitsvolumen um 9.1 %. In absoluten Zahlen: Von 51.785 Mio. Arbeitsstunden (1991) auf 47.051 Mio. (2004).⁴

Der Rückgang beim Arbeitsvolumen der Männer lag mit 13.1 % (absolute Werte: 31.941 in 1991 und 27.736 in 2004) erheblich höher als bei Frauen. Deren Arbeitsvolumen sank um 2.68 % (von 19.845/1991 auf 19.313/2004). Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ging in diesem Zeitraum jedoch nur um 1.32 % zurück (von 35.101 Mio. 1991 auf 34.635 Mio. 2004). Die Erwerbslosenquote (ILO Konzept) betrug 1991 5.4 %, 2004 9.8 %.⁵ Wie kann es sein, dass die Beschäftigung um rund 13 % sinkt, die Arbeitslosenquote auch stark steigt – von 5.4 auf

⁴ Zahlenangaben nach: Susanne Wagner: Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen, IAB Forschungsbericht Nr. 2/2006, S.45.

⁵ Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2010, S. 86.

9.8 %, aber nur ein recht geringer Rückgang der Beschäftigtenzahl eintritt?

Die Antwort ist, wie schon angedeutet, recht einfach und umfasst zwei Komponenten: Erstens zählen zu den Erwerbstätigen sowohl Teilzeitbeschäftigte als auch Minijobber bzw. atypisch Beschäftigte. Zweitens stiegen vorwiegend diese Beschäftigungsverhältnisse unterhalb des Normalarbeitsniveaus im Betrachtungszeitraum an.

Die Teilzeitquote verdoppelte sich in den 14 Jahren zwischen 1991 und 2004 – von 15.7 % auf 31.6 %!⁶ Das betrifft keineswegs nur Frauen, wie häufig vermutet wird, sondern der *Anstieg* der Teilzeitquote bei Männern ist insofern besonders auffällig, weil er von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau (4.0 %) begann. Bei Frauen betrug das Ausgangsniveau 30.7 %. Es ist daher plausibel anzunehmen, dass die Teilzeitarbeit bei Männern als reine Notlösung mangels der erwünschten Alternative Vollzeitbeschäftigung gewählt werden musste. Frauen sind hingegen aus verschiedenen Gründen eher an Teilzeitarbeit interessiert.

Mäkelei am vermeintlichen deutschen Beschäftigungswunder kommt zwar momentan weder gegen die euphorische Aufschwungsrhetorik der Medien an und findet auch nicht durchwegs bei denen Gefallen, die wirklich ernsthaft um Arbeitsplätze bangen. Doch ein Feuerwerk mag die Herzen erwärmen und für kurze Zeit die Dunkelheit vertreiben, aber ein Mittel gegen Kurzsichtigkeit ist es nicht.

Zur längerfristigen Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland habe ich das Wesentliche bereits dargelegt: Im Trend sinkt die Beschäftigung – gemessen am Arbeitsvolumen. Darüber jedoch wird der Öffentlichkeit nicht berichtet. Vielmehr stellen die Massenmedien die Beschäftigungsentwicklung faktisch nur mit Arbeitslosenquoten und Erwerbstätigenzahlen dar, und so verkürzt wird die Beschäftigungslage auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Stabile Arbeitslosenquoten, gar sinkende, gelten als Ausweis einer befriedigenden bzw. guten Beschäftigungssituation. Doch abgesehen von den immer wieder revidierten Erfassungspraktiken für die sogenannte „registrierte Arbeitslosigkeit“, Veränderungen, die häufig eine Manipulation bedeuten, lässt sich die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung nur mittels des sogenannten Arbeitsvolumens erfassen. Leider wird hierbei nicht nach guten und schlechten Arbeitsplätzen bzw. nach den Qualifikationsstufen differenziert. Doch auch ohne diese Verfeinerung gibt der längerfristige Verlauf des Arbeitsvolumens einen deutlichen Eindruck, ob die Beschäftigung gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken ist.

Es liegen aber aufschlussreiche branchenspezifische Zahlen über die Veränderung des Arbeitsvolumens vor.⁷ Daraus lässt sich sehr klar der Strukturwandel erken-

⁶ Wagner, a. a. O., S.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2010, S. 84 ff.

nen. Grundsätzlich verläuft er in Richtung Dienstleistungsproduktion. Die in den 1940er Jahren von Keynes und vor allem Fourastié aufgestellte Prognose zum langfristigen Strukturwandel hat sich also empirisch sehr gut bestätigt.

Von 1991 bis 2009 ergaben sich nach (vorläufiger) Berechnung des Statistischen Bundesamtes folgende prozentualen Veränderungen des Arbeitsvolumens in den drei Sektoren (eigene Berechnung nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes):

- Primärer Sektor: Erwerbstätige -45.5 %; davon Arbeitnehmer -38.4 %
- Sekundärer Sektor: Erwerbstätige -34.5 %; davon Arbeitnehmer -38.3 %
- Tertiärer Sektor: Erwerbstätige +13.7 %; davon Arbeitnehmer +10.4 %

Die Daten belegen zweifelsfrei, dass Beschäftigungsgewinne nur noch im tertiären Sektor, also bei den Dienstleistungen stattfanden, und das wird auch künftig so bleiben. Der Schrumpfungsprozess im Agrarsektor, vor allem aber in der Industrie wird sich ebenfalls fortsetzen. Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) rechnet damit, dass der Beschäftigtenanteil des primären Sektors an der Gesamtbeschäftigung bis 2025 auf 1.5 % zurückgeht, was gegenüber dem aktuellen Wert keine bedeutende Veränderung darstellt. Der Beschäftigtenanteil des sekundären Sektors werde jedoch auf 20 % absinken; 2009 lag er bei etwa 25.2 % (Erwerbspersonen) bzw. 26.6 % (Arbeitnehmer) .

Tabelle 1: Geleistete Arbeitsstunden (Mrd. pro Jahr) im Inland nach Wirtschaftssektoren (1991-2009)*)

Jahr	Erwerbstätige			nur Arbeitnehmer		
	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
1991	2.74	21.5	35.4	1.06	20.2	30.5
1995	2.08	19.1	36.4	0.77	17.6	30.9
2000	1.77	17.2	38.6	0.71	15.6	32.5
2005	1,51	15.1	39.0	0.63	13.4	32.6
2006	1,46	15.0	39.3	0.62	13.3	32.9
2007	1.49	15.2	40.1	0.64	13.5	33.5
2008	1.50	15.2	40.8	0.65	13.6	34.2
2009	1.49	14.1	40.3	0.65	12.5	33.7

(1) = primärer Sektor: Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei

(2) = sekundärer Sektor: Produzierendes Gewerbe

(3) = tertiärer Sektor: Dienstleistungsbereiche einschließlich öffentliche Hände

*) Angaben für 2005 bis 2009 sind vorläufige Ergebnisse

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2010, S. 84.

Die strukturellen Veränderungen zugunsten des Dienstleistungsbereichs finden sich in allen hoch entwickelten Ländern. Deutschland hat sogar noch einen vergleichsweise niedrigeren Anteil der Dienstleistungsbeschäftigung bzw. einen relativ höheren des sekundären Sektors. Dies erklärt sich vor allem durch die starke Exportorientierung. Hier würde es zu weit führen, detaillierter auf den Strukturwandel einzugehen und die Frage zu erörtern, ob es sich bei der starken deutschen Exportorientierung nicht um eine Fehlentwicklung handelt. Nur so viel sei gesagt, dass die kürzlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie propagierte Förderung des industriellen Sektors unter gleichzeitiger Abwertung des Dienstleistungsbereichs eine völlig falsche Kursbestimmung bedeutet. Notwendig ist vielmehr gerade auch im Interesse der Industrie ein Ausbau des Dienstleistungsbereichs, und zwar bei angemessenem Lohnniveau. Denn nur auf diesem Weg lässt sich die Massenkaukraft so stark steigern, dass die Inlandsnachfrage sowohl höhere Importe ermöglicht als auch der Industrie ein höheres Absatzvolumen am Binnenmarkt verschafft.

Wie gesagt, das Arbeitsvolumen fällt in Deutschland im langfristigen Trend. Deshalb ändert ein kurzfristiger Anstieg, wie er zur Zeit vorliegt, nichts an der grundsätzlichen Abnahme des Arbeitsvolumens. Konjunkturzyklen lassen zwar vorübergehend die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden steigen, aber diese sinken dann eben wieder ab, und zwar auf ein Niveau unterhalb vor Beginn des Aufschwungs. So stieg beispielsweise das Arbeitsvolumen während des Konjunkturaufschwungs nach 1997 an, ging dann aber wieder zurück, und 2003 fiel es unter den Wert von 1997.

Der Blick auf die längerfristige Entwicklung darf selbstverständlich die Demografie nicht ausklammern. Bekanntlich schrumpft die deutsche Bevölkerung. Die Nettofortpflanzungsrate (= Töchter pro Frau) sank bereits 1972 unter den für eine stationäre bzw. stabile Bevölkerung notwendigen Wert. Demografische Vorausrechnungen sind recht zuverlässig – weitaus zutreffender als Wirtschaftsprognosen. Bis 2050 ist mit jährlich steigenden Bevölkerungsrückgängen zu rechnen, und zwar in sechsstelliger Größenordnung – jedes Jahr wohl gemerkt. Der Bevölkerungsrückgang per se ist jedoch noch nicht so problematisch, sondern alarmierend erscheint die synchron eintretende demografische Alterung. Hier können die damit aufgeworfenen Probleme nicht weiter behandelt werden. Es führt allerdings wohl kein Weg daran vorbei, wenigstens eine zeitweilige Entlastung durch (verstärkte) Nettozuwanderung zu erreichen. Kurz komme ich darauf noch zurück.

3. Blick auf den aktuellen Konjunkturverlauf seit 2008

Nach dem offenen Ausbruch der Finanzkrise stürzten die deutschen Exporte um ca. 20 % ab, und das BIP sank um rund 5 %. Im Unterschied zur Brüning'schen Deflationspolitik Anfang der 1930er Jahre reagierten die Regierungen in der aktuellen Krise mit umfangreichen Konjunkturprogrammen. Der deutsche Beitrag fiel allerdings im Vergleich zu etlichen anderen Ländern (u. a. USA, VR China) relativ schwach aus, dennoch wird die Staatsverschuldung als höchst bedrohlich angesehen. Das heiß diskutierte Problem der steigenden Staatsverschuldung hat jedoch wenig, eigentlich gar nichts mit den Konjunkturprogrammen selbst zu tun, sondern resultiert aus den Wahnsinnsbeträgen für die Bankenrettung, also die Sozialisierung privater Spekulationsverluste. Die absolute Höhe der Staatsverschuldung besagt aber noch nichts über ihren Wert oder Unwert für die wirtschaftliche Entwicklung. Vielmehr kommt es immer darauf an, was der Staat mit den Krediten finanziert. Geht es um Infrastruktur, so ist Defizitfinanzierung sinnvoll; geht es um Subventionen maroder Banken oder anderer Unternehmen, die unter Überakkumulation leiden, so ist die Verschuldung in der Tat sehr kritisch zu beurteilen.

Auch die Zentralbanken – in den USA die FED und zögerlicher die EZB – agieren völlig anders als in den 1930er Jahren. Die Weltwirtschaft wird mit Liquidität überschwemmt, die durch Vermehrung der Zentralbankgeldmengen gespeist wird. Die zentralbankpolitischen Aktionen sind bekanntlich heftig umstritten. Jedoch ist das Argument nicht abzuweisen, dass sie nach dem Prinzip handeln, das kleinste aller Übel zu wählen. Es gibt keine sozusagen befriedigende Lösung der durch die Finanzkrise bedingten Verwerfungen des Finanzsektors.

Insgesamt gesehen ist festzustellen, dass die Expansionsmaßnahmen wirken. Insbesondere die deutsche Exportindustrie profitiert von den ausländischen Konjunkturprogrammen. Ein großer Teil des Exportrückgangs und des BIP-Einbruchs von 2008/09 wurde so revidiert. Ohne die staatlichen Konjunkturprogramme wäre die Umkehr vom Abschwung zum Aufschwung nicht so rasch, wenn überhaupt erreicht worden. Doch was passiert, wenn die Konjunkturprogramme ausgelaufen sind und für neue der politische Wille fehlt sowie wegen der verbreiteten Verschuldungsangst ohnehin keine Defizitfinanzierung mehr gewagt wird? Die Wachstumsprognosen für die deutsche Volkswirtschaft sehen zwar für das laufende und das nächste Jahr relativ optimistisch aus und, wie erwähnt, werden sie durch das politische Marketing noch als weitaus bedeutsamer herausgestellt, als sie sind, aber für das gesamte Euro-Gebiet lässt sich das nicht sagen. Die Prognosen der EZB vom Dezember 2010 rechnen mit maximal 1.8 % realem Wachstum in 2011 und 2.3 für 2012.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist, wie dargelegt, trotz des Produktions- und Beschäftigungseinbruchs nicht wesentlich gestiegen. Dieser erstaunliche und erfreuliche Sachverhalt beruht auf der bereits erwähnten Arbeitszeitverkürzung neuer Art. Statt massenhaft zu entlassen, wurden Arbeitsplätze erhalten, und zwar durch

- Kurzarbeit, die von der Bundesregierung mit etwa 5 Mrd. € bezuschusst wurde (32 %);
- starke Zunahme der Teilzeitarbeit und der atypischen Beschäftigung (u. a. Minijobs) (43 %)
- Abbau von Arbeitszeitkonten und Fortfall von Überstunden (36 %)

Tabelle 2: Gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet (Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent)

	2009	2010		2011		2012
	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(2)
Reales BIP	- 4,1	1,6 - 1,7	1,4 - 1,8	0,7 - 2,1	0,5 - 2,3	0,6 - 2,8
Privatkonsum	-1,1	0,6 - 0,8	0,0 - 0,4	0,4 - 1,4	-0,1 - 1,5	0,5 - 2,3
Staatskonsum	2,4	0,5 - 1,3	0,3 - 1,3	-0,8 - 0,6	-0,1 - 1,1	-0,4 - 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	-11,3	-1,4 - -0,6	-2,3 - -0,7	-0,5 - 3,1	-1,6 - 3,0	0,1 - 5,3
Exporte	-13,1	9,9 - 11,7	7,4 - 10,0	3,7 - 8,7	2,9 - 9,3	2,5 - 8,7
Importe	-11,8	8,2 - 9,8	5,8 - 8,2	2,6 - 7,6	1,6 - 7,8	2,3 - 8,1

(1) = Prognose vom September 2010

(2) = Prognose vom Dezember 2010

Quelle: Europäische Zentralbank, Monatsbericht, September 2010, 85, Tab. A. und Dezember 2010, S.93.

Ein Zitat aus einem IAB-Kurzbericht (18/2010) des vergangenen Jahres verdeutlicht durch quantitative Angaben, wie sich durch Arbeitszeitverkürzung Entlassungen verhindern ließen:

„Insgesamt sank die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer im Jahr 2009 um 41.3 Stunden oder 3.1 Prozent. Zu diesem Rückgang (41.3 Stunden = 100 %) hat die Kurzarbeit mit 32 % beigetragen (-13.4 Stunden), der Abbau von Überstunden und Guthaben auf den Arbeitszeitkonten mit 36 Prozent (-14.9 Stunden) sowie temporäre Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit und die Zunahme der

Teilzeitarbeit mit 43 Prozent (-17.6 Stunden).⁸ - Wer soeben mitgerechnet hat, wird sich wundern, denn die Prozentzahlen ergeben insgesamt 111 und nicht 100. Dies liegt daran, dass es auch einige die Arbeitszeit verlängernde Komponenten gab. Vor allem schlug der „krisenbedingt schon 2008 verbrauchte Urlaub zu buche. Diese Verlängerungskomponenten machten insgesamt +5.3 Stunden aus, also bezogen auf die 41.3 Stunden 12.8 %.

Die Leute vom IAB sind voll des Lobes für diese Maßnahmen der Arbeitszeitreduktion. Allerdings wird nirgends von Arbeitszeitverkürzung gesprochen, sondern von „flexiblen Arbeitszeitmodellen“. Ergänzend fällt dann auch Lob für die „strukturellen Änderungen der Hartz-Reformen“⁹ ab. Und weiter: „Zudem dürfte die restriktivere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung zu einer moderaten Lohnentwicklung beigetragen haben – mit der Folge, dass während des gesamten Aufschwungs der Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft wurde. Somit waren Reserven für den Beschäftigungsaufbau bzw. das Halten von Arbeitskräften vorhanden.“¹⁰

Die vermeintlich so vorteilhafte „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes brachte neben anderen Verschlechterungen einen erheblichen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Gegenwärtig liegt der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bei etwas unter 69 % (IAB nennt 68.7 %). Anfang der 1990er Jahre waren es noch ca. 75 %.

Teilzeitarbeit stellt faktisch eine Form der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich dar, also eine unerwünschte Art und Weise, die Arbeitszeit zu reduzieren. Doch es handelt sich eben um Arbeitszeitverkürzung, und die Alternative wären höhere Arbeitslosenzahlen.

4. Schlussfolgerungen aus den langfristigen Trends

Wie erwähnt, besteht ein langfristiger Trend zunehmender Teilzeitarbeit. Das IAB rechnet für 2011 mit einem Anstieg auf 35.2 %.¹¹ Verglichen mit dem Wert von 2004: 31.6 % ist das eine Zunahme von 3.6% und bezogen auf den Wert von 1991: 15.7 % eine Zunahme von 19.5 % – innerhalb von 20 Jahren.

⁸ Siehe Fuchs, Johann/Hummel, Markus/Klinger, Sabine/Spitznagel, Eugen/Wagner, Susanne/Zika, Gerd: Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an, in: IAB-Kurzbericht, 18/2010, S. 1.

⁹ Ebenda, S. 2.

¹⁰ Ebenda, S. 2.

¹¹ Ebenda, S. 6.

Tabelle 3: Teilzeitbeschäftigung in Deutschland 1991-2004

Teilzeitquoten	1991	2004
gesamt	15.7	31.6
Männer	4.0	15.4
Frauen	30.7	48.6

Quelle; Wagner, a. a. O. (vgl. Fußnote 4)

Diese Zunahme der Teilzeitbeschäftigung ist durch die Krise noch beschleunigt worden, aber es handelt sich um einen längerfristigen Trend. Es ist somit nicht unwahrscheinlich, dass Teilzeitarbeit mehr und mehr an die Stelle normaler Beschäftigungsverhältnisse tritt. Begünstigt wird dieser Trend durch den Strukturwandel in Richtung Dienstleistungssektor. Denn dort lässt sich Teilzeitarbeit leichter durchsetzen als in der Industrie. Bei der Teilzeitarbeit handelt es sich bisher um Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Häufig kommt es damit sogar zur Lohnsenkung (pro Stunde). Es könnte jedoch künftig aus dem Laster eine Tugend gemacht werden. Wenn ohnehin der Trend zu mehr Teilzeitarbeit anhalten wird, käme es darauf an, Teilzeitarbeit besser zu entgelten und angemessen sozial abzusichern. Die Tarifpolitik könnte bei anstehenden Lohnrunden Produktivitätssteigerungen für Lohnerhöhungen im Teilzeitbereich und für Arbeitszeitverkürzungen bei den Vollzeitstellen nutzen. Längerfristig würden sich dann Teil- und Vollzeitbeschäftigung aufeinander zu bewegen. Dieser Weg, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen, scheint mir erfolgversprechender zu sein als die Einführung eines leistungs- bzw. arbeitslosen Mindesteinkommens.

Dass eine Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung die registrierte bzw. statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit vermindert, wurde vor allem am Beispiel des „Niederländischen Modells“ deutlich.¹² Die Niederlande setzen seit den 1980er Jahren bewusst auf mehr Teilzeitbeschäftigung. Diese wurde aber auch – anders als bei uns – sozialversicherungsrechtlich der Vollzeitbeschäftigung gleich gestellt. Das bescherte der Teilzeit-Politik relativ hohe Akzeptanz.

Wenn sich Teilzeitarbeit als dauerhaft und weiterhin steigend erweisen sollte, so wäre zu überlegen, ob und wie hierbei eine Wende zum Positiven erreicht werden kann, indem mit Teilzeitarbeit ein Einkommen erreicht werden kann, das einen akzeptablen Lebensstandard ermöglicht.

Folgende Aspekte sind bei einer Neubewertung der Teilzeit zu beachten:

- Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich künftig wieder so hohe Wachstumsraten des BIP einstellen werden, dass die alte Formel „Vollbeschäftigung

¹² Jan C. van Ours: Do We Need Crisis-Specific Labor Market Policies? Lessons from the Dutch Miracle – Part II, in: CESifo Forum 1/2010, S. 29-36.

durch Wachstum“ erneut Geltung erfährt. Dabei hieße Vollbeschäftigung, dass das Arbeitsvolumen so stark stiege, dass alle Erwerbspersonen, die Normalarbeitszeit leisten möchten, dies auch können.

- Ob überhaupt noch hohes Wachstum und nicht vielmehr Stagnation die angemessene Zukunftsoption darstellt, kann hier nicht vertieft erörtert werden, aber m. E. sprechen folgende Gründe für Stagnation: Umweltzerstörung bzw. ökologische Grenzen, Ressourcenerschöpfung (Preissteigerungen infolge zunehmender Knappheit), Unterschiede im „Wachstumsbedarf“ zwischen altindustrialisierten Wohlstandsländern und den Entwicklungs- und Schwellenländern, endogene Wachstumsabschwächung in den reichen Volkswirtschaften mit abnehmender Bevölkerung, Strukturwandel vom sekundären zum tertiären Sektor (geringerer gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsfortschritt).
- Wenn über Wachstum keine Vollbeschäftigung in vorgenanntem Sinn mehr erreicht werden kann, so müsste die neue Formel lauten „Vollbeschäftigung ohne Wachstum“.

Diese Option lässt sich durch zwei miteinander vereinbare Handlungsstränge realisieren: Arbeitszeitverkürzung und Ausweitung der Dienstleistungen, und zwar solcher Dienstleistungen, die relativ geringe Rationalisierungspotentiale enthalten. Denn nur solche rationalisierungsimmunen arbeitsintensiven Bereiche bieten auf Dauer zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Mehr Beschäftigung dieser Art bringt zwar auch noch ein gewisses Wachstum, aber es handelt sich um Wachstum bei einer niedrigen Beschäftigungsschwelle.

Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, also kürzere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, ließe also sich positiv wenden. Nämlich dann, wenn als künftiges Modell der Arbeitsgesellschaft, der angeblich oder vielleicht auch tatsächlich die Arbeit ausgeht, Teilzeitarbeit ein Einkommen verschafft, das einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht. Selbstverständlich stellt sich sofort die Frage, was ist „angemessen“. Sie lässt sich nicht ohne Bezug zur historischen Situation und der kollektiven Mentalität beantworten, aber eine plausible Antwort kann gefunden werden, wenn sie gefunden werden soll. Unabdingbar ist aber eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, was u. a. eine konsequent produktivitätsorientierte Lohnpolitik erfordert. Weiterhin ist ein allgemeiner Mindestlohn, der ebenfalls dynamisch angelegt sein müsste, geboten. Zudem sollte auch die Leiharbeit eingeschränkt werden. Auf alle Fälle müssten Leiharbeitskräfte wie die Stammbeschäftigten der Firmen, die Leiharbeit einsetzen, bezahlt werden.

Denkbar wäre, dass die Produktivitätssteigerungen künftig so verwendet werden, dass die Teilzeitkräfte Lohnerhöhungen erhalten, die Vollzeitkräfte hingegen bei

unverändertem Einkommen ihre Arbeitszeit senkten. Es ergäbe sich also im Laufe der Zeit eine Annäherung der Vollzeit- und der Teilzeitsituation.

Teilzeitarbeit allmählich in dem Sinn zu einer Normalbeschäftigung zu machen, dass damit der Lebensunterhalt verdient werden kann, sollte auch unter wohlstandspsychologischem Aspekt gesehen werden. Selbstverständlich ist die Formel zynisch, irgendeine Arbeit sei besser als keine Arbeit; das ließe sich auch auf die Sklaverei anwenden. Jedoch sollte zur Kenntnis genommen werden, dass die junge, als „ökonomische Glücksforschung“ bekannte Disziplin herausgefunden hat, dass von allen sozioökonomisch bedingten Stressfaktoren Arbeitslosigkeit mit Abstand die schwersten psychischen Belastungen mit sich bringt: „Arbeitslosigkeit bringt beträchtliche psychische Kosten mit sich und reduziert das Wohlbefinden der Arbeitslosen stärker als jede andere Ursache, einschließlich Scheidung und Trennung. Auch diejenigen, die Arbeit haben, werden durch die allgemeine Arbeitslosigkeit negativ betroffen“.¹³

Das erwähnte „Holländische Modell“, bei dem Teilzeitarbeit sozial wie Vollzeit abgesichert wurde, ging einher mit der Propagierung eines neuen Familienmodells, das offenbar auch Akzeptanz gefunden hat: Beide Ehepartner arbeiten Teilzeit, so dass das Familieneinkommen dem herkömmlichen entspricht, eventuell sogar darüber liegt. Um die Erwerbsquote der Frauen zu erhöhen, sind selbstverständlich institutionelle Hilfen derart erforderlich, dass genügend Kindergärten und Ganztageschulen angeboten werden. Die Frauenerwerbsquoten in den Niederlanden, in skandinavischen Ländern und auch in der DDR liegen bzw. lagen aufgrund der umfassenden Einrichtungen der Kinder- und Schülerbetreuung erheblich höher als in der Bundesrepublik.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland, d. h. die schrumpfende Bevölkerung, ergeben sich durch das skizzierte neue Arbeitsmodell Reserven zur Ausweitung von Arbeitszeit. Wenn Arbeitslosigkeit vermieden wird, so entfallen auch die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Dequalifizierungen, die negativen psychischen und physischen Folgen, die Demoralisierung. Kurz gesagt, Vollbeschäftigung verhindert, dass Erwerbspersonen schließlich nicht mehr als vermittelbar eingestuft werden (müssen), was auch hohe volkswirtschaftliche Kosten mit sich bringt.

Das skizzierte Modell eines neuen Arbeitsregimes stellt aus meiner Sicht eine weitaus bessere Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit dar als ein arbeitsloses Mindesteinkommen.

¹³ Bruno S. Frey/Claudia Frey Marti (Hg.), Glück. Die Sicht der Ökonomie, Zürich-Chur 2010, S. 145.

Tabelle 4: Erwerbsquoten (2009) im internationalen Vergleich

Land	gesamt	Männer	Frauen	über 65
Deutschland	59.9	66.3	53.7	4.1
Dänemark	65.4	70.3	60.7 (15-74)	6.0
Finnland	60.5	64.5	57.0 (15 -74)	3.8
Frankreich	56.7	62.4	51.9	1.5
Italien	48.7	59.9	38.3	3.2
Niederlande	66.8	73.3	60.4	6.7
Norwegen	73.9	77.0	70.7 (15-74)	16.3
Österreich	61.3	68.2	54.8	5.4
Schweden	63.3	67.3	59.4 (15-74)	6.6
Schweiz	68.2	75.5	61.3	9.5
GB	62.6	69.4	56.2 (alle ab 16)	7.9
USA	66.0	73.0	59.5 (alle ab 16)	16.8
Japan	60.2	72.8	48.4	20.2

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2010, S.688.

In der Langfristperspektive spielt, wie schon mehrmals angedeutet, die demografische Entwicklung eine einschneidende Rolle. Es steht wohl außer Frage, dass wegen der Abnahme der einheimischen Bevölkerung eine Nettozuwanderung mehr als nur wünschenswert, nämlich notwendig sein wird. Damit stellt sich die Integrationsfrage in einer ganz anderen Größenordnung als bisher. Erforderlich wäre ein umfassendes Integrationsmodell, in dem ein spezifisch migrationsorientiertes Bildungs- und Ausbildungskonzepts zentrale Bedeutung erhalten müsste.¹⁴

In einzelnen Bereichen sind existenziell notwendige Leistungen ja schon gegenwärtig nur mit ausländischen Arbeitskräften zu erbringen. Erwähnt sei vor allem der häusliche Pflegebereich. Bekanntlich werden formalrechtlich gesehen illegale Pflegekräfte der eingetretenen Notstandssituation halber geduldet.

5. Ansatzpunkte zur theoretischen Erklärung der skizzierten Entwicklungen

Hier müssen wenige Bemerkungen zur Erklärung der langfristigen Krisenentwicklung genügen, und sie werden vermutlich auch mehr zur Erinnerung an Bekanntes dienen, als grundsätzlich neue Einsichten vorzutragen. In diesem Kreis hatte ich vor einiger Zeit auch schon einmal zur Erklärung der Krisenentstehung referiert, so dass auch aus diesem Grund wenige Hinweise genügen dürften.¹⁵

¹⁴ Zuwanderer umfassend zur „Integrationspflicht“ informieren und sie vertraglich daran zu binden mit Sanktionsmöglichkeiten bis hin zur Rückkehr in das Herkunftsland. Wichtig vor allem Spracherwerb entsprechend der individuellen Fähigkeit.

¹⁵ Zur ausführlicheren Darstellung vgl. Karl Georg Zinn, Keynesianische Wirtschaftspolitik gegen

In den 1970er Jahren endete die Nachkriegsphase hohen Wachstums. Die Wachstumsabschwächung war von den beiden Stagnationstheoretikern Keynes und Fourastié grundsätzlich schon in den 1940er Jahren vorausgesagt worden. Ihre Analysen wurden jedoch verdrängt und spielten selbst bei den kritischen Ökonomen der 1970er Jahre keine Rolle.

Die Argumentation dieser Stagnationstheoretiker basierte auf zwei Voraussetzungen – einer technischen und einer konsumpsychologischen:

- Weiterhin technischer Fortschritt mit jährlichem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und des statistischen Pro-Kopf-Einkommen
- Nach Ende der Wiederaufbauphase und Befriedigung des Nachholbedarfs von Konsumenten und Investoren werde die Nachfragedynamik abnehmen (sichtbar u. a. in einem Anstieg der Sparquote); die sättigungsbedingte Nachfrageabschwächung tritt selbstverständlich bei den höheren Einkommensschichten früher und deutlicher auf als bei allen anderen, und ist irrelevant für die einkommensschwächeren Haushalte.

Die mikroelektronische Revolution, die nicht vorhergesehen wurde, stützte das Produktivitätswachstum und brachte eine Fülle neuer Konsumgüter hervor. Doch trotz der sehr attraktiven Produktinnovationen der Industrie ging das mittel- bis langfristige industrielle Wachstum auch weiterhin zurück, und der sekundäre Sektor wurde vom tertiären übertroffen.

Der Wachstumsrückgang erklärt sich also ganz vorwiegend durch die abnehmende Nachfragedynamik. Es gelang nicht mehr, durch Wachstum das Vollbeschäftigungsniveau zu halten. Die allmählich steigende Arbeitslosigkeit minderte den Anstieg der Massenkaufkraft, so dass dann eine weitere Abnahme der Nachfragedynamik eintrat; jetzt aber mehr und mehr wegen der zunehmenden Einkommensschwäche breiter Schichten und weniger aus Gründen relativer Sättigung.

Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre bereitete bekanntlich den Boden für den wirtschaftspolitischen Wechsel vom Keynes'schen Interventionismus zur neoliberalen Entstaatlichungspolitik (Stichworte: Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, steuerpolitische Begünstigung der oberen Einkommensschichten = Umverteilung von unten nach oben). Dieser Politikwechsel wurde als „Angebotspolitik“ popularisiert. Es handelte sich politisch und ideologisch um den durchaus erfolgreichen Versuch, den Keynesianismus zu beerdigen. Die

die Krise, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Jg. 36, H 1, 2010, S. 9-32 ; derselbe *Die Keynes'sche Alternative. Beiträge zur Keynes'schen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomie und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik*, Hamburg 2008; derselbe, *Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften*, München-Leipzig-Wien-Zürich 1994.

längerfristigen Folgen waren die bekannten Verschuldungsexzesse und Spekulationsblasen, das alles mündete dann in der großen Krise der Gegenwart. Denn mangels ausreichender realwirtschaftlicher Investitionsmöglichkeiten suchte das Finanzkapital nach Rendite in Spekulationsgeschäften. Forciert wurde diese Expansion des Anarchokapitalismus noch durch die beispiellose globale Geld- bzw. Kreditvermehrung, die durch die Deregulierungspolitik erst möglich gemacht worden war.

Der Aufstieg des Neoliberalismus, richtiger: des Neokonservatismus,¹⁶ verdankte sich zwar der Krise der 1970er Jahre, aber erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zur neuen – hoffentlich nicht allzu langen – „Weltherrschaft“ der westkapitalistischen Ideologie des Marktradikalismus. Wir sollten bei der Bewertung dieser Entwicklung nicht übersehen, dass die VR China im Zuge der vom Westen ausgehenden „Globalisierung“ das neoliberale Model – wenn auch modifiziert – übernommen hat.¹⁷

Auch wenn jetzt durch Rückgriff auf staatliche Ankurbelungspolitik die Kriseneskalation unterbunden wurde, so sind damit keineswegs die langfristigen Krisenursachen – eben die Stagnation – beseitigt. Deshalb bleibt es dabei: Die Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ ist obsolet geworden.

Januar 2011

¹⁶ Karl Georg Zinn, Die „Neocons“ sind doch keine Liberalen!, in: Sozialismus, Jg. 37, Nr. 344, Juli/August 2010, S. 26-30.

¹⁷ Eine eingehende, sehr erhellende Analyse hierzu bietet der Pekinger Geisteswissenschaftler Wang Hui, The Ende of the Revolution. China and the Limits to Modernity, London-New York 2009.

Der folgende Text ergänzt die vorstehenden Überlegungen. Es handelt sich um eine Kolumne, die in der Zeitschrift „Sozialismus“ im Januar 2011 erschienen ist.

Karl Georg Zinn

Das ökonomische Wunderland und seine wunderbare Selbstgefälligkeit

Tatsachen sprechen keineswegs immer für sich, sondern lassen sich interpretieren. Das hat Vorteile für die Einen und Nachteile für Andere. Wessen Vorteil es ist, dass sich die deutsche Nachkriseneuphorie, die im vergangenen Jahr aufgekommen „wurde“, nicht nur an den Börsenkursen, sondern auch an der Stimmung breiter Teile der Bevölkerung und ihrer Meinungsführer erkennen lässt, wird sich noch herausstellen. Tatsache ist aber, dass hinter diesem freundlichen Vorhang von Aufschwungsstolz und offiziell relativ niedriger Arbeitslosenquote die alte neoliberalistisch inspirierte Politik unverfroren auflebte und jetzt recht konsequent fortgeführt wird. Allein, solche Feststellung gehört sich schon nicht mehr. Was ökonomisch gedacht, korrekt ist, gilt als politisch unkorrekt. Den kritischen Zeitgenossen, ob weiblich oder männlich, kann zwar die Stimmungsmache den klaren Blick nicht trüben, aber solche Leute waren vor der Krise, während der Krise und sind auch nach der Krise in der Minderzahl.

Was halten die Kritiker vom neuen deutschen Wirtschaftswunder? Sie stellen nüchtern fest, dass mit dem Aufschwung das Vorkrisenniveau noch keineswegs erreicht wurde, und das war auch schon nicht so toll, wie ex post propagiert. Dem Absturz des BIP 2008/2009 folgte ein massiv von in- und vor allem ausländischen Konjunkturprogrammen angeschobener Aufschwung. Die Bankenrettungen ziehen sich allerdings trotz der Milliardenhilfen des Steuerzahlers in die Länge. Die Folgen für die Staatskassen sind absehbar unabsehbar. Rund um die deutsche Wunderinsel schlagen die Fluten hoch und werden noch die eine oder andere Volkswirtschaft in Tsunami-Dimensionen beschädigen. Das deutsche Beschäftigungswunder, das sogar vom Ausland bewundert wird, basiert auf einem uralten Erfolgsrezept, nämlich der Umverteilung von Arbeit, auch Arbeitszeitverkürzung genannt. Profitiert haben davon vor allem die sogenannten Stammbeschafteten, nicht die Leiharbeiter. Dennoch: Das Rezept war und ist richtig. Der Begriff Wunder mag hierbei insofern berechtigt sein, als es in der Tat an ein Wunder grenzte, dass trotz Jahrzehnte langer anti-interventionistischer Agitation und Diffamierung von Arbeitszeitverkürzungen die Regierung bereit war, fünf Milliarden Euro für die Mitfinanzierung der Kurzarbeit beizusteuern und die zwischen den Tarifpartnern einvernehmlich beschlossene Anwendung jenes Erfolgsrezeptes Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen. Das war kluge Politik auch im Hinblick auf den durch den beschäftigungspolitischen Erfolg erreichten Stimmungsumschwung im Lande. Wie gesagt, die frohen Zukunftserwartungen erlauben, ohne große Störung seitens sogenannter Bedenkenräger, Kritiker, Miesmacher und dergleichen Sünder an der politischen Korrektheit die temporären, vermeintlich keynesianischen Kursabweichungen zu korrigie-

ren und wieder dem neoliberalistisch geeichten Kompass zu folgen. Es erstaunt schon, dass ständig von Aufschwung und Beschäftigungswunder geredet wird, aber die Verbindung zur glücklich praktizierten Arbeitszeitverkürzung nicht hergestellt, sondern das öffentliche Bewusstsein mit allen möglichen Legenden gefüllt wird - nicht zuletzt der Legende von der unerschütterlich heilbringenden Exportstärke. Dass sie sich auch den weit über der deutschen Größenordnung bewegenden Ausgabenprogrammen in der VR China, in den USA und anderswo verdanken, ja dass selbst die gescholtenen Griechen & Co. als Nachfrager deutscher Exportgüter (u. a. von U-Booten) am deutschen Exporterfolg beteiligt waren, wissen zwar die Eingeweihten, aber es ist kein öffentliches Thema, kommt im Massenfernsehen und in der Massenpresse nicht vor. Unkenntnis besteht auch über die *tatsächliche* Beschäftigungsentwicklung, die sich nicht mit statistisch geschnitzten Arbeitslosenquoten abbilden lässt, sondern allenfalls mit dem Arbeitsvolumen, d. h. mit den jährlich in der Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden. Schon der Begriff Arbeitsvolumen dürfte in seiner Bedeutung allenfalls einem guten Zehntel der Gesamtbevölkerung klar sein, geschweige denn dass der längerfristige Trend dieser Größe geläufig wäre. Der Trend ging schon vor der Krise nach unten. Das Arbeitsvolumen betrug 1991, ein Jahr nach der deutschen Neuvereinigung, 51,785 Milliarden Arbeitsstunden. Im Trend fiel der Wert bis 2004 auf 47,051 Milliarden. Leider sind diese aussagekräftigen Daten weder leicht zugänglich noch liegen sie für alle Länder vor, so dass internationale Vergleiche der *tatsächlichen* Beschäftigungsverläufe selbst den ExpertInnen der Arbeitsmarktforschung nicht immer geläufig sind.

Bekanntlich wurde Deutschland als „Exportweltmeister“ von der VR China abgelöst. Doch es kommt nur darauf an, welche Kriterien für solche Auszeichnung herangezogen werden. Nach wie vor weist Deutschland von den führenden Exportnationen mit Abstand die höchste Exportquote auf, nämlich 47.2 % des BIP (2008). Zum Vergleich: VR China: 33 % und Japan 17.5 %. Als der deutsche Export im Krisenjahr 2009 um 22.6 % einbrach, ging auch das BIP um rund 5 % zurück. Es trat eben ein, was seit langem bekannt war. Dass die deutsche Wirtschaft in extremem Maße vom Ausland abhängt. Was passiert kurzfristig, wenn China konjunkturpolitisch auf die Bremse tritt (nicht zuletzt, um dem Platzen der Immobilienblase noch vorzubeugen), und was längerfristig, wenn China mehr und mehr auf Importsubstitution setzt, um die Exportabhängigkeit zugunsten stärkerer Binnenmarktorientierung zu reduzieren? Solche Fragen stellen sich zwar (noch) nicht für die nationalökonomischen Tonmeister unseres Landes, werden aber jenseits deutscher Provinzen heftig diskutiert.¹⁸

Auslaufende Konjunkturprogramme, wiederkehrende Euro-Krisen und der wachsende Unmut der europäischen „Partner“ Deutschlands über eine allzu nationalistische Färbung der Europapolitik der deutschen Regierung verheißen nichts Gutes für die hiesige

¹⁸ Vgl. z. B. Zoakos, Criton M.: In the Grip of China's Bear Hug. Berlin's big gamble with Germany's economic future, in: The International Economy, vol. 24, Nr. 4, Herbst 2010, S. 46 f., 70.

Wirtschaftsentwicklung auf mittlere Sicht. Selbst die Hoffnung, dass sich dank inländischen Konsumwachstums eine binnenwirtschaftliche Kompensation für auslaufende Exportsteigerungen ergibt, ist nicht mehr als eine etwas (zu) hoch getriebene Hoffnung. Die Arbeitszeitverkürzung durch die Kurzarbeit von 2009 und 2010 reduzierte jedenfalls die Arbeitnehmereinkommen, und dass die Löhne entsprechend der produktivitätsorientierten Lohnformel steigen, wird wohl „mit Rücksicht auf die Beschäftigung“, wie die anhängenstarke Dauerwarnung unserer ökonomischen Sinngesgeber lautet, unterbunden werden. Ganz abgesehen davon, dass der lohnpolitische Nachholbedarf, der durch die früheren Reallohnverluste entstand, wohl nie mehr zum Zuge kommen wird.¹⁹ Die Abwrackprämie schöpfte Ersparnisse ab und erhöhte die Verschuldung privater Haushalte. Die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit kann zwar nach dem tiefen Einbruch 2008/2009 temporär zu beachtlichen Wachstumsraten der Anlageinvestitionen führen, wie dies stets der Fall war, wenn die Konjunktur den Tiefpunkt hinter sich ließ, aber was passiert, wenn schon im Laufe dieses Jahres (2011) oder im nächsten Jahre alle die erwähnten Zukunftsrisiken stimmungswirksam werden. Konsumenten und Investoren „üben Zurückhaltung“, heißt es dann wieder, und sie werden sich erinnern (müssen), dass sie sich wieder einmal viel zu viel auf ihre Meinungsmacher verlassen hatten, als sie an das Ende der Krisengeschichte glaubten und sich als Gewinner der „Exportnation“ Deutschland fühlten.²⁰ Immerhin: Das Erfolgsrezept Arbeitszeitverkürzung hat sich bewährt. Darauf kann erneut zurück gegriffen werden.

¹⁹ Vgl. Horn, Gustav/Logeay, Camille/Zwiener, Rudolf: Wer profitiert vom Aufschwung?, IMK Report Nr. 27, März 2008; Bunzenthal, Roland: Löhne in Deutschland schrumpfen. Starke Zuwächse in anderen Industrieländern / ILO: Einkommen nicht nur Kostenfaktor, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 66, Nr. 293, 16. Dez. 2010, S. 13.

²⁰ A propos Exportstärke noch ein nicht-deutscher Kommentar: „German economic performance since the 1999 introduction of the euro (sic !) demonstrates a crucial structural vulnerability: to achieve even modest GDP growth of less than 1 percent, Germany must achieve very high export growth rates – its domestic economy (private and government consumption and investment) having long ago lost the capacity to generate growth.“ Siehe Zoakos, In the Grip..., a. a. O. S. 47. Hinzuzufügen ist: Diese Fehlentwicklung entfaltete sich synchron zur sogenannten, quasi erpressten „Lohnzurückhaltung“, und diese reduzierte via binnenwirtschaftlicher Nachfrageschwäche das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Vergessen wir nicht, dass der kleine Konjunkturaufschwung 2004-2007 nicht nur ausschließlich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigen ließ, sondern dass er sogar reale Lohn-einbußen brachte! Vgl. Horn et al, Wer profitiert vom Aufschwung?, a. a. O. Inzwischen hat auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) von diesem deutschen „Verteilungswunder“ aus der Vorkrisenzeit mit gewissem Erstaunen Kenntnis genommen. Vgl. Bunzenthal, Löhne in Deutschland, a. a. O.